



# DER ROTE SPATZ

Informationsblatt des Dessauer SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

endlich gab es mal wieder einen Anlass zur Freude in der Politik. Am 12.4.2026 wählte Ungarn ein neues Parlament. Der Rechtspopulist Viktor Orban hat eine gewaltige Niederlage einstecken müssen. Die Tisza-Partei von Wahlsieger Magyar kann nun mit einer Zweidrittelmehrheit rechnen, was genug ist, um den bisherigen Abbau der Rechtsstaatlichkeit rückgängig zu machen. Die ganze EU hat den Sieg mitgefeiert.



Die Desinformationskampagne von Viktor Orban und die Verunglimpfung seines Herausforderers, selbst die Unterstützung aus den USA vom Vizepräsidenten JD Vance konnten die Wahlschlappe nicht verhindern. Trump und Putin haben einen Verbündeten verloren – ein Sieg der Demokratie! Nun hat auch die EU inklusive Ungarn den 90 Mrd. € Kredit für die Ukraine freigegeben. Wir wünschen Euch einen schönen 1. Mai!

Chr. Walther, D. Kutsche, D. Koppe, R. Hartmann, J. Volger und D.-A. Bräsecke

## Die Lage ist ernst

Christine Walther

Nach den beiden Landtagswahlen bekommt die SPD viele öffentlichen Ratschläge. Manche davon sind eher Schläge. Die Hinweise kommen von Leuten, die es mehr oder weniger gut mit der SPD meinen, anderen, die es vor allem gut mit sich selbst meinen und wieder anderen, die es überhaupt nicht gut mit der SPD meinen. Viele wollen uns schon als sterbende Partei sehen. Es ist klar, dass uns kein höheres Wesen retten wird und wir das selbst tun müssen. Ich sehe momentan keine andere Partei, die sich für Arbeitnehmerrechte einsetzt und sich für Frieden, Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stark macht.

Die Behauptung, wir sollten uns nur um einen Teil der Gesellschaft kümmern und um einen anderen Teil eher nicht, passt nicht zu einer Partei, die gesellschaftlichen Zusammenhalt organisieren sollte. Wir wollen für alle Bürger da sein.



„Der Kanzler muss ein Gesamtkonzept für die Sozialstaatsreform vorlegen, das sozial ausgewogen und vernünftig ist und insbesondere auch Menschen mit Vermögen und sehr hohen Einkommen stärker heranzieht.“

Manuela Schwesig



Wer meint, wir sollten uns konzentrieren auf die angebliche „arbeitende Mitte“, ist allein keine Lösung. Aber alle, die hart arbeiten und sich anstrengen, den Laden am Laufen halten, müssen auf uns zählen können.

Bei den bevorstehenden Sozialreformen in Deutschland darf es nicht sein, denen etwas wegzunehmen, die am wenigsten haben oder das Solidaritätsprinzip der sozialen Sicherungssysteme zu verletzen (Privatisierung von Zahnersatz, faktische Rentenkürzungen durch pauschale Verlängerung des Renteneintrittsalters oder nur ein Rentenbasisbetrag zahlen). Es kann nicht sein, den Schwächsten etwas zu kürzen statt sich mit den Starken anzulegen. Ginge es nach uns, so würde es längst eine Besteuerung bei den Spitzenverdienern geben.

Wir sollten uns in Zukunft mehr auf die Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und den ungerechtfertigten Hilfebezug konzentrieren. Wir müssen Gewalt klar verurteilen, egal von wem, gegen wen und wie begründet. Auch eine Bewegung nach rechts, wie sich die CDU/CSU gerade anstrebt, ist mit uns nicht zu machen.

Ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld ist die Entbürokratisierung, die durch zu hohe Auflagen bei der Dokumentation in unterschiedlichen Arbeitsbereichen gefordert wird, ist zu meistern. Wir wollen auf Kontrolle, mehr Vertrauen und Pauschalen, Stichprobenkontrollen und ggf. harte Sanktionen setzen.

Es ist gut, dass wir Flüchtlinge endlich arbeiten lassen. Wenn sie das tun, sich integrieren, Recht und Gesetz beachten, sollten sie eine faire Bleibeperspektive haben. Wer sich in der Gewaltkriminalität strafbar macht, darf dagegen nicht bleiben.

Die Ölkrise hat momentan finanziell die Situation und die Versorgung mit Benzin stark verschlechtert. Es ist höchste Zeit unser Augenmerk auf die erneuerbaren Energien zu legen und nicht wie die Wirtschaftsministerin Frau Reiche meint auf Gas oder sogar Atomenergie zu setzen. Diese Einstellung macht die Zusammenarbeit mit der CDU sehr schwierig und nutzt nur der AfD. Wir lassen auch keinen Abbau des Sozialstaates zu, da dies der Artikel 20 des Grundgesetzes – soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit festschreibt.

## Erster Mai in Dessau

Der DGB lädt alle Bürgerinnen und Bürger, Gewerkschaften und Parteien zur Maifeier ein. Auch der SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau wird mit einem Infostand ab 11 Uhr - 13 Uhr auf dem Markplatz vertreten sein. Rednerin: Jasmin Berger (IG BCE Bezirk Sachsen-Anhalt).

Deutscher  
Gewerkschaftsbund  
Region Halle-Dessau  
Stadtverband Dessau-Roßlau **DGB**

**Erst unsere  
Jobs,  
dann eure Profite**

**1. Mai 2026**

**Dessau-Roßlau  
Markplatz  
11.00 Uhr - 14.30 Uhr**

POLITISCHE ANZEIGE | Transparenzhinweis gemäß EU-VO 2024/900:  
www.dgb.de/transparenzhinweis/0806m28

Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf [www.spd-dessau-rosslau.de](http://www.spd-dessau-rosslau.de)

## Schule in der Sackgasse

Christine Walther

Die SPD Landtagsfraktion führte am 23.3.2026 im Hotel zum Stein in Wörlitz im Rahmen der „Update“-Reihe eine Veranstaltung zum Thema „Schule in der Sackgasse“ durch. Katja Pähle leitete die Veranstaltung und Daniel Kutsche moderierte die Runde. Es gab eine kurze Einführung von Heide Richter-Arioki. In einer offenen Gesprächsreihe wurden die aktuellen Herausforderungen und Perspektiven des Bildungssystems in den Mittelpunkt gestellt. Themen waren unter anderem der Lehrkräftemangel, die Digitalisierung an Schulen, Fragen der Schulstruktur und die Sicherung von Chancengerechtigkeit.

Viele Interessierte sind der Einladung gefolgt und haben einen regen Austausch angestoßen. U.a. waren zwei Schulleiter anwesend, zwei Sozialpädagoginnen und Vertreterinnen vom Schülerrat. Es gab sehr fachkundige Antworten von Katja, die sich bestens mit dem Schullalltag auskannte. Das ZDF hat diese Sendung aufgezeichnet.



**UPDATE SCHULE**

# Schule in der Sackgasse?

Wie wir da wieder rauskommen

**DISKUTIERT AM 25.3. MIT KATJA PÄHLE ÜBER DIE SCHULEN IN SACHSEN-ANHALT**

**EINLADUNG ZUM DIALOG**  
MIT KATJA PÄHLE  
FRAKTIONS-  
VORSITZENDE

**25. MÄRZ 2026**  
19:00 Uhr  
Hotel Zum Stein, Erdmannsdorffstraße 228  
**WÖRLITZ**

Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf [www.spd-dessau-rosslau.de](http://www.spd-dessau-rosslau.de)

## Die SPD muss wieder wissen, für wen sie da ist

Filip Fischer, FB, 30.4.2026 (leicht gekürzt)

In der Kommunalpolitik lernst du früh, woran Parteien wirklich scheitern. Nicht zuerst an schlechten Programmen oder schwachen Umfragen. Sondern an einem viel stilleren Vorgang. Menschen verlieren das Gefühl, dass ihre Wirklichkeit in der Politik noch vorkommt. An der Haustür im Papenbusch, auf der Schlossstraße, vor der Kita, am Werkstor oder auf dem Bahnsteig merkst du schnell, ob Vertrauen noch da ist. Ob Menschen sich gesehen fühlen. Ob sie dir noch abnehmen, dass da jemand nicht nur redet, sondern versteht, was in ihrem Leben auf dem Spiel steht.

Genau deshalb schreibe ich diesen Text. Nicht aus Lust an der Zuspitzung. Sondern weil die Lage der [#SPD](#) so ernst ist, dass Schweigen keine verantwortliche Haltung mehr wäre. Wenn eine Partei wie unsere, die ihren Auftrag aus Würde, Solidarität und sozialem Aufstieg bezogen hat, für viele Menschen nicht mehr klar erkennbar an ihrer Seite steht, dann geht es nicht um ein Kommunikationsproblem. Dann geht es um ihren politischen Kern.

Was ich vor Ort wahrnehme, ist tiefer als der übliche Ärger über Regierende. Viele Menschen haben nicht nur [#Vertrauen](#) in einzelne Entscheidungen verloren. Sie haben das Gefühl, dass ihr Alltag immer anstrengender wird, während die politische Sprache über ihr Leben immer kälter klingt. Sie erleben steigende Preise, knappen Wohnraum, brüchige Infrastruktur, überforderte Kitas, lange Wartezeiten bei Behörden und eine Arbeitswelt, in der hohe Belastung für viele längst Normalität ist. Sie arbeiten viel, oft sehr viel. Sie organisieren Familie, pflegen Angehörige, versuchen ihren Kindern ein gutes Leben zu ermöglichen und stellen trotzdem fest, dass Sicherheit in ihrem Leben keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Gerade in einer solchen Lage müsste die Sozialdemokratie der politische Ort sein, an dem diese Erfahrung nicht kleingeredet, sondern ernst genommen wird. Sie müsste die Kraft sein, die sagt: Wir sehen, was du leistest. Wir wissen, was dich belastet. Und wir machen Politik so, dass dein Leben verlässlicher, gerechter und planbarer wird.

Deshalb ist es grundfalsch, so zu tun, als bestehe das Kernproblem unseres Landes darin, dass die Menschen nicht genug leisten wollten. Diese Erzählung ist nicht nur schief. Sie ist respektlos gegenüber Millionen Beschäftigten, die jeden Tag ihren Beitrag leisten, oft unter Bedingungen, die mit [#Anerkennung](#) wenig zu tun haben. Nicht die Pflegekraft hat unser Land in diese Lage gebracht, nicht der Industriearbeiter, nicht die Verkäuferin, nicht die Erzieherin und auch nicht die Familie, die Monat für Monat rechnet, damit am Ende noch genug übrig bleibt.

Die eigentlichen Probleme liegen woanders. In zu niedrigen Löhnen. In zu hohen Mieten. In fehlender öffentlicher Infrastruktur. In unzureichender Betreuung. In einem gewaltigen Investitionsstau. Und in einer Wirtschaftsordnung, in der der Wert von [#Arbeit](#) gern beschworen wird, während die Lasten des Alltags auf denen liegen, die ohnehin schon tragen. Wer in einer solchen Lage nach unten zeigt, schont die Falschen und trifft die Falschen.

Natürlich gehört zur Wahrheit auch, dass ein Staat nicht jede Härte des Lebens auflösen kann. Wir leben in einer Zeit großer Umbrüche, wirtschaftlich, geopolitisch, technologisch und sozial. Politik darf den Menschen keine folgenlose Welt versprechen. Sie muss offen sagen, dass Veränderungen Kraft kosten, dass Verteilungskonflikte real sind und dass ein Gemeinwesen auf Verantwortung und Beitrag angewiesen ist. Sozialdemokratie darf Menschen etwas zutrauen. Sie darf sie fordern.

Denn die entscheidende Frage lautet nicht, ob Menschen bereit sind, ihren Beitrag zu leisten. Die entscheidende Frage lautet, unter welchen Bedingungen sie das tun sollen. Wer möchte, dass mehr Menschen mehr arbeiten, muss dafür sorgen, dass [#Betreuung](#) verlässlich ist, dass Arbeitszeiten mit [#Familie](#) zusammenpassen, dass [#Wohnen](#) nicht zur sozialen Frage Nummer eins wird, dass [#Mobilität](#) funktioniert, dass [#Löhne](#) tragen und [#Tarifverträge](#) gelten. Wer über Leistung redet, darf über die Bedingungen von Leistung nicht schweigen. Alles andere ist keine Reformpolitik.

Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf [www.spd-dessau-rosslau.de](http://www.spd-dessau-rosslau.de)

Gerade in der Kommunalpolitik zeigt sich das jeden Tag. Dort wird aus jeder abstrakten Debatte sehr schnell eine konkrete Lebensfrage. Findet eine Familie einen Kitaplatz oder nicht. Kommt jemand verlässlich zur Arbeit oder fällt schon wieder der Bus aus. Ist die Schule des eigenen Kindes ein Ort, der Zuversicht gibt, oder einer, der Mängel verwaltet. Gibt es bezahlbaren Wohnraum. Funktioniert die Verwaltung. Ist das Krankenhaus erreichbar. Wird ein Stadtteil zusammengehalten oder sich selbst überlassen. Wenn wir über [#Vertrauen](#) in Politik reden, dann reden wir am Ende über genau diese Fragen. Darum ist die kommunale Perspektive kein Nebenschauplatz. Sie ist der Ort, an dem sich entscheidet, ob politische Versprechen im Alltag tragen.

[#Reformen](#) sind kein Wert an sich. Sie sind nur dann gut, wenn sie das Leben der Menschen besser machen. Wenn Arbeit wieder Sicherheit gibt. Wenn aus abstraktem Fortschritt konkrete Entlastung wird. Wer im Namen der Modernisierung neue Unsicherheit schafft, verliert nicht nur Zustimmung. Er verliert Vertrauen.

Das eigentliche Problem der SPD ist deshalb nicht, dass sie zu wenig modern wäre. Ihr Problem ist, dass sie sich zu oft von ihrem eigenen [#Auftrag](#) entfernt.

Deshalb braucht die [#Sozialdemokratie](#) jetzt keine rhetorische Annäherung an konservative Erzählungen. Sie braucht Klarheit über ihren Ort in dieser Gesellschaft. Sie muss wieder die politische Kraft sein, die Arbeit achtet, Familien stärkt, [#Aufstieg](#) organisiert, öffentliche Infrastruktur erneuert und soziale [#Sicherheit](#) als Voraussetzung von Freiheit begreift. Denn Freiheit ist für die meisten Menschen kein abstrakter Begriff. Freiheit heißt, die Miete zahlen zu können, ohne Angst vor der nächsten Nachzahlung zu haben. Freiheit heißt, dass der Zug fährt, die Kita offen ist und ein Behördengang nicht zum Hindernislauf wird. Freiheit heißt, Beruf und Familie miteinander verbinden zu können. [#Freiheit](#) heißt, durch eigene Arbeit in [#Würde](#) leben zu können.

Wenn die SPD wieder Vertrauen gewinnen will, dann nicht mit Moralpredigten über Fleiß und nicht mit Debatten, die sich an den Falschen abarbeiten. Sie gewinnt Vertrauen, wenn sie wieder unverwechselbar wird. Wenn sie die Wirklichkeit der Menschen nicht belehrt, sondern ernst nimmt. Wenn sie den [#Mut](#) hat, zu sagen: Ja, diese Zeit verlangt Veränderung. Aber wir organisieren diese Veränderung so, dass sie gerecht ist, Sicherheit schafft und die stärkt, die dieses Land jeden Tag tragen.

---

## Die Gewerkschaften und die AWO rufen zum 1. Mai auf - für einen kämpferischen Frühsommer, für einen gerechten Sozialstaat!

Das Bündnis will fünf Ziele erreichen:

1. starke, verlässliche und solidarisch finanzierte soziale Sicherungssysteme und eine gerechte und auskömmliche Finanzierung des Gemeinwesens;
2. einen handlungsfähigen und bürgernahen Sozialstaat in Bund, Land und Kommunen;
3. einen Sozialstaat, der Gute Arbeit sichert, Übergänge auf dem Arbeitsmarkt in Krisenzeiten ermöglicht und Arbeitslosigkeit vorbeugt;
4. einen Sozialstaat der Armut verhindert, soziale Ungleichheit verringert, Inklusion fördert und soziale und wirtschaftliche Teilhabe für alle ermöglicht;
5. einen Sozialstaat, der das Klima schützt und den ökologischen Umbau mit sozialer Sicherheit verbindet.

Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf [www.spd-dessau-rosslau.de](http://www.spd-dessau-rosslau.de)

## Weitere Termine im Mai 2026

Mittwoch, 01.05.2026, ab 13 Uhr  
Die SPD-OV-Wörlitz lädt ein!



Der SPD-OV Rosslau engagiert sich bei der Feier zum 1. Mai in der Ölmühle Rosslau (Hauptstr. 108a). Von 10:30 bis 14 Uhr erwartet euch dort ein buntes Rahmenprogramm.

Sa., 02.05.2026, 12 -22 Uhr, Marktplatz

Christopher Street Day (CSD) in Dessau  
Die Jusos werden einen Infostand betreuen.



Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf [www.spd-dessau-rosslau.de](http://www.spd-dessau-rosslau.de)



## Impressum

DER ROTE SPATZ wird an alle Mitglieder SPD-Ortsvereine Dessau-Roßlau versendet. Darüber hinaus steht das Blatt auf der Seite <https://www.spd-dessau-rosslau.de/> zum Download bereit.

Herausgeber ist der SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau.

**Postadresse:** Hans-Heinen-Str. 40, 06844 Dessau-Roßlau.

**Redaktion:** Robert Hartmann, Daniel André Bräsecke, Daniela Koppe, Joachim Volger, Christine Walther, Daniel Kutsche  
Einsendungen bitte an: [cut.walther@hotmail.de](mailto:cut.walther@hotmail.de)  
Redaktionsschluss ist jeder 20. des Monats.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich das Recht zu Kürzungen vor.

Im Übrigen geben die Artikel in erster Linie die Meinung der Autoren, nicht aber in jedem Fall die der Redaktion wieder.

## Termine

**SPD-OV-Sitzung Roßlau,**  
Mi., 13.05.2026, 20 Uhr,

**SPD-OV-Sitzung Süd,**  
Do., 21.05.2026, 18 Uhr, „Jägerklausur“

**SPD-OV-Sitzung Siedlung-Ziebigk-Kühnau,**  
Mo., 18.05.2026, 18 Uhr, AWO

Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf [www.spd-dessau-rosslau.de](http://www.spd-dessau-rosslau.de)